

Vandalen am Sportplatz

Wieder Ärger | Areal ist mit Reifenspuren übersät. Die Suche nach Tätern läuft bereits auf Hochtouren.

MATZEN | Den Schneefall nutzen – vielleicht dieselben? – Vandalen, um wieder einmal den Trainingsplatz des Sportvereins zu verunstalten. Bereits in der ersten Jännerwoche trieben Rowdys ihr Unwesen und ließen ihrer Zerstörungswut auch am Karpatenblick freien Lauf (die NÖN berichtete).

Ob da jemandem furchtbar fad ist? Kreisrunde Autospuren waren in der ersten Jännerwoche am Trainingsplatz zu finden, jetzt gibt es das Ganze

nochmal in der Version „Schnee“ – diesmal allerdings mit perfekt identifizierbaren Reifenspuren, die zwischenzeitlich bereits gesichert wurden.

Bei VP-Bürgermeister Stefan Flotz steht indes das Telefon gar nicht mehr still: „Die Bürger sind erbost und es langen immer mehr Informationen auf mögliche Tatverdächtige ein. Allen Hinweisen wird natürlich nachgegangen.“ Er hat sogar selbst Drohnenaufnahmen erstellt.



Schon wieder ein Vandalenakt: Dieses Mal „verwechselten“ Unbekannte Trainingsplatz mit einer Rallyestrecke. Foto: privat

Gwirkst mit Querungen

Nordbahn | Durch Modernisierung müssen bestehende Bahnübergänge geschlossen werden. Eine Bürgerinitiative schlägt nun Alternativen zu bestehenden Planungen vor.

Von Vera Coursolle

DÜRNKRUT | Durch die Modernisierung auf der Nordbahn müssen die bestehenden Bahnübergänge großteils geschlossen werden. Alternativen für die zukünftige Überquerung der Gleise sind je nach Standort Unter- bzw. Überführungen. In Dürnkrot wird darüber heftig diskutiert. Eine geplante Informationsveranstaltung der ÖBB konnte wegen der Covid-Pandemie nicht stattfinden.

Unter den Bürgern kursieren Gerüchte, wonach SP-Bürgermeister Herbert Bauch eine Variante bevorzuge, andere Varianten wolle er der Bevölkerung erst gar nicht präsentieren. So manche Gemüter sind erhitzt. Am 31. Oktober 2020 gründeten mehrere Bürger – federführend war Monika Bock – die überparteiliche Bürgerinitiative „Lebensqualität in Dürnkrot“. Eine Online-Unterschriftenaktion wurde ins Leben gerufen, in Waidendorf und Dürnkrot wurden Flyer an die Haushalte verteilt. Die Forderungen: Information aller Bürger über die geplanten Bauvorhaben sowie die Einbeziehung möglicher Alternativen und persönliche Gespräche mit eingebundenen Personen.



Derzeit sind mehrere Varianten für Gleisübergänge im Gespräch. Foto: privat

Kürzlich schloss man sich der „Aktion 21“ an. Diese ist durch bundesweite Vernetzung medial stärker vertreten. Die heißdiskutierte Variante im Detail: Errichtung eines Kreisverkehrs am Ortsende Richtung Wien (Höhe Turmöl-Tankstelle), von dort aus eine Zufahrt auf eine neun Meter hohe Brücke zur Überquerung der Gleise. Die Befürchtungen der Bürgerinitiati-

ve: Es könnte zur Entstehung eines Nadelöhrs bei der Zu- bzw. Ausfahrt Richtung Wien, zu Staus in den Hauptverkehrszeiten und zur Konzentration des bisher aufgeteilten Verkehrs auf die Bundesstraße kommen. Dies würde laut Bürgerinitiative zu einer erhöhten Lärm- und Feinstaubbelastung führen – auch in den Seitenstraßen, die dann zwecks Abkürzung stärker befahren würden. Laut Berichten gab es in den betroffenen Straßen bereits Aufzeich-

nungen zur Begutachtung der vorhandenen Fenster. Man befürchtet weiters, dass im Kreisverkehr hängen bleibende Fahrzeuge die Zufahrt in den Unterort bzw. zum Bahnhof blockieren könnten. Laut Befragungen von Bauern sei die Überführung an deren Ende für schwerere Fahrzeuge mit ihrer sehr scharfen Links- und anschließenden Rechtskurve ungeeignet.

Weitere Einwände betreffen das Abschneiden des unteren Ortsteils, würde der Plan in der derzeitigen Fassung umgesetzt. Eine weitere Befürchtung: Die medizinische Versorgung, Einkäufe und die Zufahrt von Rettungsdiensten würden für die Bewohner erschwert.

Die Bewegung „Lebensqualität Dürnkrot“ schlägt indes Alternativen vor, so z. B. die Verlängerung der L 40 (aus Zistersdorf) über die Gleise bzw. den Anschluss der Überführung an die Hauptstraße, vorbei am Tennisplatz mit der Einmündung hinter der Grünschnittdeponie.

In der Gemeindezeitung findet man jedenfalls ein Bekenntnis der ÖBB mit dem ausdrücklichen Willen eines transparenten Planungsprozesses.

„Es könnte zur Entstehung eines Nadelöhrs bei der Zu- bzw. Ausfahrt Richtung Wien kommen.“

Bürgerinitiative „Lebensqualität in Dürnkrot“

Erfolg für Naturschützer

Kampf gegen Windkraft | Umweltorganisation kämpft für Recht auf Videokonferenzen bei UVP-Verhandlungen. Jetzt konnte sie einen kleinen juristischen Etappensieg feiern.

Von Manuel Mattes

BEZIRK GÄNSERNDORF, PROTTE | Die Umweltorganisation „Alliance For Nature“, die gegen den geplanten Windpark „Prottes II“ kämpft (die NÖN berichtete), sieht sich in ihrer Annahme bestätigt, dass es doch einen Rechtsanspruch auf Videokonferenzen bei Verhandlungen zu Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) in Zeiten des Lockdowns geben könnte.

Der Grund: Das Bundesverwaltungsgericht ließ eine Revision zu § 3 Abs. 3 des Covid-19-Begleitgesetzes zu. Zur Information: Die Revision ist ein Rechtsmittel, mit dem geprüft wird, ob bei einem gefällten Urteil ein Gesetz fehlerhaft angewendet wurde oder andere Verfahrensmängel bestanden.

Vonseiten des Bundesverwaltungsgerichts heißt es, dass man



Christian Schuböck: „Mündliche Verhandlung muss abberaumt werden.“ Foto: privat

den Gesetzestext auch so verstehen könne, dass „die Möglichkeit zur Ausübung von Parteienrechten über elektronische Mittel jedenfalls anzubieten ist“.

„Sachlage ist offenbar doch nicht eindeutig“

Christian Schuböck von „Alliance For Nature“ meint dazu: „So eindeutig ist die Sachlage dann offenbar doch nicht, dass es keinen Rechtsanspruch auf Videokonferenzen gibt – ob-



Windräder sind die erklärten Gegner der Umweltorganisation „Alliance For Nature“. Foto: Shutterstock/Tobias Arhelger

wohl das bisher immer behauptet wurde.“ Man fordert daher erneut, dass die mündliche Verhandlung am 20. Jänner zum Vorhaben „Windpark Prottes II“ gemäß § 3 Abs. 3 Covid-19-VwBG mit Wort- und Bildübertragung (Videokonferenz) erfolgt.

Andernfalls sei die mündliche Verhandlung abzubauen und erst dann durchzuführen, wenn keine Ansteckungsgefahr durch das Coronavirus mehr besteht. Hat diese Zulassung der Revision durch das Bundesverwaltungsgericht nun eigentlich direkte Auswirkungen auf die die UVP-Verhandlung zum geplanten Windpark „Prottes II“, die heute, Mittwoch, über die Bühne geht? „Nein, auf die Verhandlung hat dies keinen Einfluss“, heißt es dazu vonseiten des Landes NÖ, Abteilung Anlagerecht.

Mit falschen Papieren Autos angemietet

Prozess | 29-jähriger Mann fälschte Dokumente in betrügerischer Absicht. Urteil: Zehn Monate Freiheitsstrafe, acht davon bedingt.

Christian Pfeiffer

BEZIRK GÄNSERNDORF, KORNEUBURG | Weil sich ein 29-Jähriger mit einem gefälschten Personalausweis anmelden wollte, wurde er am 16. November vergangenen Jahres verhaftet.

Im Zuge der Ermittlungen zu seiner Person stellte sich dann heraus, dass der bisher unbescholtene Mann im oberösterreichischen Mauthausen in betrügerischer Absicht Pkw angemietet hatte – ebenfalls unter Verwendung gefälschter Dokumente. Er verursachte damit ei-

nen Gesamtschaden von insgesamt etwa 30.000 Euro. Vor Richter Anna Wiesflecker am Landesgericht Korneuburg verantwortete sich der werdende Vater, wie schon bei der Polizei, voll geständig.

Für die Urkundenfälschung sowie den schweren Betrug verurteilte ihn Wiesflecker zu zehn Monaten Freiheitsstrafe, acht davon bedingt, sodass der 29-jährige Mann nach zweimonatiger Vorhaft auch gleich die zeitnahe Entlassung von der Richter mit auf seinen Weg bekam.



Mit gefälschten Dokumenten betrog ein 29-jähriger einen Autovermieter.

17 Firmen im Jahr 2020 insolvent

Pleitegeier | Zahlen waren zuletzt rückläufig. Aber: Mit Anstieg ist zu rechnen.

BEZIRK GÄNSERNDORF | Im Jahr 2020 waren 17 Unternehmensinsolvenzen sowie 88 Privatinsolvenzen im Bezirk Gänserndorf zu verzeichnen. 32 Insolvenzverfahren konnten im Vorjahr nicht eröffnet werden. Zum Vergleich die Zahlen aus dem Jahr 2019: Damals gab es 29 Unternehmensinsolvenzen sowie 114 Privatkonkurse.

Man muss leider davon ausgehen, dass sich die Zahlen im Jahr 2021 aufgrund der fortdauernden Corona-Pandemie drastisch erhöhen werden – insbesondere, wenn die staatlichen Hilfsleistungen enden und die Unternehmen wieder auf sich allein gestellt sind.